

Der größte Lego-Bausatz aller Zeiten



Stein Wars: Wer mit dem Millennium-Falken im Wohnzimmer landen will, muss vorher 7541 Teile zusammensetzen.

Foto Lego

Rheintalbahn: Bund soll Kombiverkehr aushelfen

RASTATT/FRANKFURT, 1. September (dpa). Die Sperrung der Rheintalbahn, andere Schienen-Baustellen und Grenzkontrollen belasten Speditions- und Logistikunternehmen. Der Dienstleister Kombiverkehr KG fordert deshalb 250 Millionen Euro staatliche Soforthilfe für die Betroffenen. Wie das Gemeinschaftsunternehmen von 230 Speditionen und Deutscher Bahn am Freitag mitteilte, führt die Rheintalpersperrung zu mehrtägigen Verspätungen der Transporte; die Folgen übertrifft die der bisherige Lokführerstreiks bei weitem. Zudem leide der Verkehr zwischen Deutschland und Italien unter unkoordinierten Bauarbeiten und Grenzkontrollen. „Die aktuelle Situation im Schienengüterverkehr von und nach Italien kann nur noch als „Gau“ bezeichnet werden“, hieß es in der Mitteilung. Bei der Kombiverkehr KG können Spediteure ihre Lkw-Lieferungen auf der Schiene weitertransportieren lassen. Auch das Netzwerk Europäischer Eisenbahnen (NEE) und der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen (VDV) forderten Unterstützung vom Bund. Wegen Erlösausfällen und Mehrkosten bei Umleitungsverkehren werde die Grenze der finanziellen Belastbarkeit überschritten, schrieben NEE und VDV an Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU). „Ungeachtet der offenen Fragen zum Schadenersatz für die achtwöchige Unterbrechung der mit bis zu 200 Güterzügen wichtigsten europäischen Güterverkehrsstrecke ist jetzt eine unbürokratische finanzielle Hilfe des Bundes zur Existenzsicherung betroffener Unternehmen dringend erforderlich“, heißt es in dem am Freitag veröffentlichten Schreiben. Seit dem 12. August ist die Strecke zwischen Rastatt und Baden-Baden gesperrt. In die Baustelle des Tunnels für die Neubaustrecke, der die Gleise in weniger als fünf Meter Tiefe unterquert, waren Wasser und Erde eingedrungen. Die Schienen sackten ab.

„Viele haben Angst vor Google“

Der Internetkonzern gerät wegen seines Umgangs mit Kritikern seiner Marktmacht ins Zwielficht. So mancher stört sich daran, wie Google versucht, die politische Diskussion zu beeinflussen.

lid. NEW YORK, 1. September. Als die EU-Kommission im Juni eine Kartellstrafe in Milliardenhöhe gegen Google verhängte, stieß das auch in der amerikanischen Heimat des Internetkonzerns auf Applaus. Eine Abteilung des linksliberal ausgerichteten sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts „New America Foundation“ in Washington gratulierte den europäischen Kartellwächtern zu ihrer Entscheidung und sagte in einer Stellungnahme, die Marktmacht von Google sei eine der größten Herausforderungen für Wettbewerbspolitiker in der Welt. Gleichzeitig wurden amerikanische Kartellbehörden aufgefordert, mit Blick auf Google und andere „Monopolisten“ ebenfalls aktiv zu werden.

Diese Aussagen hatten einigen Zündstoff. Denn Google gehört zu den wichtigsten Geldgebern von New America, und Eric Schmidt, der langjährige Vorstandsvorsitzende des Internetkonzerns, führte bis vor kurzem sogar den Verwaltungsrat des Instituts. Seit dessen Gründung im Jahr 1999 haben Google und Schmidt persönlich ihm mehr als 20 Millionen Dollar zukommen lassen. Die kritischen Worte zu dem Kartellurteil blieben nach einem Bericht der „New York Times“ nicht ohne Folgen. Barry Lynn, der Verfasser der Stellungnahme, sagte der Zeitung, Eric Schmidt habe sich darüber bei Anne-Marie Slaughter beschwert, der Präsidentin von New Ameri-

ca. Wenig später habe ihm Slaughter mitgeteilt, die von ihm geführte Abteilung des Instituts werde aufgelöst. Mittlerweile ist Lynn sogar entlassen worden. Er hat jetzt eine neue Gruppe mit dem Namen „Citizens against Monopoly“ gegründet, die auf ihrer Internetseite behauptet, Google habe damit gedroht, New America künftig kein Geld mehr zu geben.

Die Episode stellt nicht nur die Unabhängigkeit von New America in Frage. Sie wirft ein Licht darauf, wie Google versucht, politische Diskussionen zu beeinflussen, und wie der Internetkonzern mit unliebsamer Kritik umgeht. Barry Lynn sagte der „New York Times“, Google habe nach Washington wie auch in Brüssel „sehr aggressiv“ mit Geld um sich. „Die Leute haben jetzt so viel Angst vor Google.“ Tatsächlich versuchen Google und seine Mutterholding Alphabet auf vielfältige Weise, sich in Washington Einfluss zu verschaffen. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres gab der Konzern zum Beispiel nach Angaben der Organisation Center for Responsive Politics 9,5 Millionen Dollar für Lobbyarbeit aus, so viel wie kein anderes Unternehmen aus seiner Branche.

Das „Wall Street Journal“ berichtete kürzlich zudem, dass Google Hunderte von Forschungsprojekten von Akademikern an bekannten Universitäten wie Harvard finanziell unterstützt und diese dann für seine politischen Interessen eingesetzt hat. Für solche Arbeiten seien bis zu 400 000 Dollar bezahlt worden, und manche Forscher hätten sie vor der Veröffentlichung mit Google abgestimmt. Google habe diese Forschungspapiere zum Beispiel genutzt, um kartellrechtliche Ermittlungen der Behörde Federal Trade Commission (FTC) in Amerika vor fünf Jahren zu beeinflussen. Anders als in Eu-

ropa kam der Konzern in seiner Heimat sehr glimpflich davon. Die FTC entschied, keine Klage einzureichen, und Google machte nur ein paar kleinere Zugeständnisse bei seinen Geschäftspraktiken. Google und auch New America haben versucht, die jüngste Kontroverse herunterzuspielen. Der Internetkonzern ließ verlauten, er unterstütze viele Organisationen und stimme nicht immer mit allen überein, respektiere aber deren Unabhängigkeit. Anne-Marie Slaughter sagte, es sei „absolut falsch“ zu suggerieren, Google habe nach Veröffentlichung der kritischen Stellungnahme darauf gedrängt, Barry Lynns Abteilung aufzulösen. Lynns Entlassung beschrieb sie als das Ergebnis seiner Weigerung, die „Standards von Offenheit und institutioneller Kollegialität“ des Instituts einzuhalten, ohne dies näher auszuführen. Derweil bekam Lynn Unterstützung von einer Journalistin des Technologieportals „Gizmodo“, die schrieb, auch sie habe schon erfahren, mit welcher ruppigen Taktiken Google gegen kritische öffentliche Äußerungen vorgehe. Sie erzählte eine Episode aus ihrer Zeit bei der Zeitschrift „Forbes“. Vertriebsangestellte von Google hätten Forbes damals in einer Besprechung zu überzeugen versucht, ihre Artikel neben den üblichen „Likes“ von Facebook auch mit der Google-Funktion „+1“ zu versehen. Geschehe dies nicht, würde das die Ergebnisse der Suchmaschine von Google beeinflussen, das heißt die Forbes-Geschichten wären nicht mehr so leicht zu finden. Die Journalistin sagte, sie habe über diese Methode in einem Artikel auf der Internetseite der Zeitschrift berichtet. Sie habe die Geschichte aber auf Druck von Vorgesetzten entfernt, die ihr gesagt hätten, Google habe sich beschwert. (*Kommentar Seite 28.*)

Vier von zehn Unternehmen sehen sich auf Cyberangriffe vorbereitet

Selbst kritische Infrastruktur häufig ohne Notfallplan

joja. FRANKFURT, 1. September. Die vielleicht größte Gefahr von Cyberangriffen liegt in ihrer Unsichtbarkeit. Warnungen vor Attacken bleiben so lange abstrakt, bis Unternehmen betroffen sind – und dann ist das Chaos da. Besonders das Herzstück der deutschen Wirtschaft, der Mittelstand, ist davon bedroht: Einem Geschäftsführer, der zugleich die Produktentwicklung verantwortet, ist die Investition in den IT-Schutz mühsam zu vermitteln. 100 000 Euro Entwicklungskosten etwa für eine neue Maschine sind für ihn viel greifbarer als ein Schutzschild gegen Hacker, von dem nicht klar ist, ob er im Ernstfall hält. Schließlich liest und hört er alenthalben, dass die Methoden der Kriminellen immer raffiniert und ihre Schadcodes ständig verbessert werden.

Die jüngste Mitteilung des Digitalverbandes Bitkom bestätigt das Bild, dass die deutsche Wirtschaft nicht ausreichend auf digitale Gefahren vorbereitet ist. Demnach haben nur vier von zehn Unternehmen einen Notfallplan erarbeitet, der festlegt, welche Schritte im Fall eines erfolgreichen Angriffs folgen. Dabei gibt es Abstufungen nach Größe: Unter den Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern verfügen rund zwei Drittel (68 Prozent) über ein Notfallmanagement, bei Mittelständlern mit 100 bis 499 Mitarbeitern sind es 61 Prozent, und bei den kleineren Unternehmen mit 10 bis 99 Mitarbeitern haben sich 40 Prozent vorbereitet. Das hat eine Umfrage des Bitkom unter mehr als 1000 Geschäftsführern und Sicherheitsverantwortlichen ergeben. „Wer darauf verzichtet, einen entsprechenden Notfallplan zu erstellen, und kein Notfallmanagement etabliert, der gefährdet die Sicherheit des eigenen Unternehmens, seiner Mitarbeiter, Partner und Kunden“, sagt Bitkom-Präsident Achim Berg. Die Gefahr digitaler Angriffe sei vorhanden.

Warsteiner erweitert Geschäftsführung

tine. FRANKFURT, 1. September. Die Traditionsbrauerei Warsteiner will den neu geschaffenen Posten für „Strategie und Unternehmensentwicklung“ in der Geschäftsführung offenbar mit Alessandra Cama besetzen. Das berichtet das gewöhnlich gut informierte Branchenmagazin „Inside“. Die Deutschitalienerin soll am 1. Oktober mit der Arbeit in Warsteiner beginnen. Die Brauerei wollte den Namen auf Nachfrage nicht kommentieren. Anfang der Woche hatte Warsteiner aber angekündigt, die bislang dreiköpfige Geschäftsführung um einen neu geschaffenen Posten zu erweitern und die Stelle mit einer Frau zu besetzen. Den Namen wollte das Unternehmen aber noch nicht verraten.

Alessandra Cama arbeitete bislang beim Nürnberger Marktforschungsinstitut GfK, zuvor mehr als 14 Jahre bei Roland Berger, also genau bei jener Unternehmensberatung, die Warsteiner jetzt um Hilfe gebeten hat, um die Trendwende zu bringen. Die Berater sollen ab Mitte September die Strukturen durchleuchten und der Brauerei eine „Runderneuerung“ verpassen, wie diese Zeitung bereits berichtete. Das Management der Brauerei hatte angekündigt „alles auf den Prüfstand zu stellen“, dabei aber „nicht mit dem Rasenmäher“ vorgehen zu wollen. Die einst größte deutsche Brauerei leidet seit Jahren unter dem Schrumpfen des deutschen Biermarktes. Der Bierabsatz der Sauerländer sank überdurchschnittlich. Die bisherigen Versuche, die Entwicklung aufzuhalten, halfen wenig.

Nach Angaben des Digitalverbands hat auch nur knapp über die Hälfte der Betreiber von kritischen Infrastrukturen (Kritis) solche Pläne entworfen. Das mag zunächst verwundern, werden die größten dieser Betreiber doch durch das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) beobachtet und müssen strengere Vorgaben nach dem IT-Sicherheitsgesetz erfüllen. Allerdings fallen nicht nur die großen Banken und Energieversorger unter diese Rubrik, sondern auch Telekommunikationskonzerne. „Eine Bank ohne Notfallmanagement ist heute nicht mehr denkbar. Die würden von der Bafin und der Bundesbank nackt um den Block gepetscht, wenn das passiert. Die spielen in einer anderen Liga“, sagt Timo Kob, der als Professor für Wirtschaftsschutz an der FH Campus Wien lehrt und Unternehmen, Behörden und Regierungen in Cybersicherheitsfragen berät. Darunter sind mehr als die Hälfte der Dax-Unternehmen und das BSI.

Doch schon mit den Energieversorgern werde es komplizierter: In der Schnittstelle zwischen der Produktions-IT, der Stromerzeugung und dem Stromtransport treffen verschiedene, auch veraltete Systeme auf neue Technik. Dort hätten Notfallpläne nicht die oberste Priorität. „Ich halte die Zahl deshalb keinesfalls für zu niedrig, sondern würde sogar fragen, ob alles, was da als Notfallplan bezeichnet wird, den Namen verdient“, sagt Kob. Lange sei IT-Sicherheit von vielen Unternehmen so verstanden worden, dass unbedingt verhindert werden müsse, dass überhaupt etwas passiert. „Das Eingeständnis, dass es irgendwann erfolgreiche Angriffe geben wird, ist noch relativ jung.“ Viele Unternehmen würden sich daher zu wenig um Folgenabschätzung und die Bewältigung von Krisen zu kümmern. „Ich bin da recht desillusioniert“, sagt Kob.

Heizöl zum Monatsende etwas teurer

eid. HAMBURG, 1. September. Kunden mussten zum Monatsausklang etwas mehr für Heizöl bezahlen als noch eine Woche zuvor. Am 30. August, dem Tag der EID-Umfrage, war leichtes Heizöl im Bundesdurchschnitt von 15 Städten gut 1 Euro teurer als in der Vorwoche. An der Nachfragesituation hat sich nichts geändert, „weiterhin sehr ruhig“, heißt es vom Handel. Am 30. August kostete leichtes Heizöl im Bundesdurchschnitt von 15 Städten bei einer Abnahme von 1000 Litern 63,35 Euro je 100 Liter, bei einer Abnahme von 3000 Litern 56,50 Euro je 100 Liter und bei einer Abnahme von 5000 Litern 54,70 Euro je 100 Liter.

Angebotspreise für Lieferungen (Premium-Qualität) frei Verwendertank, alles je 100 Liter, einschließlich 19 Prozent Mehrwertsteuer, EBV und IWO am 30. August.

Die aktuellen Heizölpreise

	34. Woche	35. Woche
Berlin	55,10-58,30	56,05-59,85
Dresden	53,65-55,25	55,00-56,45
Düsseldorf	53,65-57,05	56,15-60,85
Hamburg	57,05-59,00	58,35-59,80
Frankfurt	55,45-61,65	55,70-59,40
Hannover	57,35-62,95	58,55-63,10
Karlsruhe	55,00-58,15	55,60-59,60
Leipzig	53,80-59,50	55,10-61,00
Rostock	53,20-59,85	54,40-58,50
München	58,05-58,70	58,20-59,00
Stuttgart	55,65-59,05	56,25-60,45

Im Alten Testament steht: Liebe Deinen Nächsten. In meinem auch.

Irgendwann kommt für jeden der Zeitpunkt, an dem man sich fragt, ob man alles richtig gemacht hat, den anderen ein guter Mensch war. Was bleibt, wenn man geht? Dies können Sie selbst entscheiden. Mit Ihrem Testament!

Mit einer Testamentsspende unterstützen Sie unser Engagement gegen Einsamkeit im Alter und schenken alten vereinsamten Menschen wieder Zuversicht und Lebensfreude.

Nähere Informationen:

Freunde alter Menschen e.V.
Tieckstraße 9, 10115 Berlin
Telefon 030/13 89 57 90
www.famev.de



Freunde alter Menschen e.V.
les petits frères des Pauvres

„I’ve lived a life that’s full.“
Frank Sinatra

CARLHANN DAMM

* 9. März 1936

† 29. August 2017

Wir nehmen Abschied von einem Mann, der in seinem Leben vieles war:
Agenturgründer, Geschäftsführer, Visionär, Persönlichkeit,
Kämpfer, Mentor, Lebemann, Gentleman, Charmeur, Entertainer,
Familienmensch und Freund.

Nur eins war er nie – langweilig. Carlhanns, wir vermissen dich.

DAMM & BIERBAUM
D&B INTERACTIVE

Sehr traurig nehmen wir Abschied von

Carlhanns Damm

* 9. März 1936 † 29. August 2017

Vorsitzender des Beirats der Weingüter Wegeler

Wir durften mit ihm als engagiertem Ratgeber sowie innigstem, persönlichem Freund viele Jahre einen gemeinsamen Weg gehen. Seine Visionen, Anregungen sowie seine persönliche Note prägten die unzähligen Begegnungen der letzten Jahrzehnte.

Wir verlieren mit ihm eine große Persönlichkeit und einen warmherzigen Freund.
Seine Aura wird uns fehlen.

Wir werden ihn nie vergessen.
Unser Mitgefühl ist bei seinen Angehörigen.

Familien Wegeler und Drieseberg
Weingüter Geheimrat J. Wegeler